

PROTOKOLL

Sitzung vom:	19.01.2011	Protokollführer:	Bianca Bründlinger
Einberufer:	Bgm. Dr. Hans Krüger	Protokoll Nr.:	
		Beginn:	19:15 Uhr
		Ende:	21:15 Uhr
Ausschuss:	Gemeindevertretung Vzbgm. Josef Grasmann, GR Dr. Astrid Tratter, GR Bernhard Leitner, GV Ing. Gerhard Langecker, GV Mag. Gabriella Gehmacher-Leitner, GV Gert Eibenberger, GV Alexander Schwarzbeck, GV Erich Thalhammer, GV Ing. Gerd Huber, GR Mag. Michael Stock, GV Wolfgang Berner, GV Thomas Schnöll, GR Sylvia Wallinger, GV Martin Macek, GV Wolfgang Pogadl, AL Gerhard Schnöll sowie Bgm. der Gemeinde Thalgau Martin Greisberger, Gottfried Mayer (beide Vertreter des „Vereins zur Förderung der Regional-Stadt-Bahn (RSB) Salzburg – Bayern – Oberösterreich“), Dipl.-Ing. Paul Lovrek (Regionalverband Salzburg Stadt und Umgebungsgemeinden) und Mag. Peter Weissenböck (Land Salzburg, Referat Landesplanung und SAGIS) zu Punkt 2.		
Abwesend:	Bgm. Dr. Hans Krüger, GR Ines Bründlinger, GV Thomas Sattlegger, GR Dipl.-Ing. (FH) Peter Friedl, GV Sandra Ebner und GV Alrun Pogadl - alle entschuldigt		

Tagesordnung

1. Fragestunde gem. § 10 der Geschäftsordnung
2. Projekt „Regional-Stadt-Bahn (RSB) Salzburg – Bayern – Oberösterreich“, Präsentation der Initiatoren
3. Genehmigung des Sitzungsprotokolles vom 15. Dezember 2010
4. Sonstiges

Der Vizebürgermeister begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 1:

Keine Anfragen;

Zu Punkt 2:

Der Vizebürgermeister begrüßt Gottfried Mayer und Bgm. Martin Greisberger vom Verein zur Förderung der Regional-Stadt-Bahn (RSB) Salzburg – Bayern – Oberösterreich sowie

PROTOKOLL

Mag. Peter Weissenböck vom Land Salzburg und Dipl.-Ing. Paul Lovrek vom Regionalverband Salzburg Stadt und Umgebungsgemeinden und ersucht Bgm. Greisberger und Hr. Mayer um Präsentation des geplanten Projektes.

Bgm. Greisberger bedankt sich für dafür, dass diese Projektpräsentation ermöglicht wurde. Er berichtet, dass die Idee für die Regional-Stadt-Bahn aufgrund der Verkehrsprobleme in Thalgau und der unattraktiven Busverbindungen entstanden ist. Aus dem ursprünglichen Konzept, die Ischlerbahn wiederaufleben zu lassen, wurde nun ein Gesamtkonzept für Bayern, Salzburg und Oberösterreich. Damit die Regional-Stadt-Bahn von den Bewohnern auch angenommen wird, muss rund um die Uhr und in einem ordentlichen Takt gefahren werden. Ziel ist es, 80 % der Salzburger Bürgermeister und Gemeinden im Verein zu sammeln und damit Druck auszuüben, damit das Projekt in den nächsten 20 - 25 Jahren verwirklicht werden kann. Es soll noch vor März eine Wirkungsanalyse und Machbarkeitsstudie eingereicht werden, damit das Projekt in der nächsten Interreg-Sitzung behandelt wird. Außerdem muss rechtzeitig versucht werden, die Trassen für die RSB freizuhalten.

Hr. Mayer stellt sodann das Projekt mit Hilfe einer PowerPoint Präsentation, welche diesem Protokoll angehängt wird, vor. Er erklärt, dass das Projekt Regional-Stadt-Bahn aus dem Konzept der Ischlerbahn entstanden ist und insgesamt 6 Regionen damit versorgt werden sollen. Die Regional-Stadt-Bahn soll bis nach Tirol, Kärnten und in die Steiermark verlängert werden. Vorbild für die RSB ist das Karlsruher Modell, welches Straßenbahn und Eisenbahn zur Regionalstadtbahn verknüpft und sogar mitten durch die Altstadt fährt. Im Gegensatz zur S-Bahn wird die RSB innerorts als Straßenbahn und nur über Land als Volleisenbahn geführt. Dadurch werden kleinere Abstände zwischen den Haltestellen ermöglicht, die RSB kann parallel zur Straße und teilweise auch auf der Straße geführt werden und die Radien sind wesentlich geringer als bei der S-Bahn. Somit wird nur ein Feinverteiler für die Querverbindungen, aber kein paralleler Busverkehr mehr benötigt. Mittlerweile sind 40 Bürgermeister und Gemeinden dem Verein zur Förderung der Regional-Stadt-Bahn (RSB) Salzburg - Bayern - Oberösterreich beigetreten. Da die Gemeindevertreter nach den Präsentationen gemerkt haben, dass eine Alternative dringend nötig ist, erfolgten die Beschlüsse für den Beitritt jeweils einstimmig. Nun soll eine Machbarkeitsstudie erstellt werden. Die Kosten hierfür werden zum Teil von den Ländern, den Gemeinden und, aufgrund der Grenzüberschreitung, zu 50 - 60 % von der EU getragen, nur der Bund will sich nicht daran beteiligen.

GV Pogadl fragt an, ob die Tarife, wenn der Verein zur GesmbH wird, gewinnorientiert oder gemeinnützig gestaltet werden.

Hr. Mayer teilt mit, dass die Tarife gemeinnützig gestaltet werden, da die Benützung der RSB für die Bewohner attraktiv sein soll.

GV Ing. Langecker fragt an, wie es mit dem Konzept für die Trassenführung aussieht.

Hr. Mayer bemerkt, dass dadurch, dass die RSB innerorts als Straßenbahn geführt wird und sich somit die Vorgaben geändert haben, zum Teil bestehende Verkehrswege genutzt werden können, ansonsten soll die RSB großteils parallel zu den Straßen geführt werden und nicht querfeldein, wie dies bei der S-Bahn geplant gewesen wäre.

PROTOKOLL

GV Ing. Langecker fragt an, ob diese Dinge bereits in die Machbarkeitsstudie einbezogen werden und ob die RSB einerseits über Niederalm nach Hallein und andererseits über Neu-Anif nach Berchtesgaden geführt werden soll.

Hr. Mayer bejaht, dass die neue Trassenführung bereits in die Machbarkeitsstudie einbezogen werden soll. Bezüglich der Strecken erklärt er, dass diese mitten durch die Ortszentren führen sollen, damit die Wege zu den Haltestellen möglichst kurz gehalten werden und die Bevölkerung die RSB dadurch auch besser annimmt. Weiters bekäme die Fa. Leube einen eigenen Vollanschluss in Richtung Hallein, was eine Reduktion um ca. 28.000 LKW-Fahrten pro Jahr bedeuten würde.

Der Vizebürgermeister fragt an, welche Kosten für Mitgliedschaft anfallen würden.

Hr. Greisberger teilt mit, dass die Gemeinde eine einmalige Beitrittsgebühr in Höhe von € 1.000,- und weiterhin einen Mitgliedsbeitrag von jährlich € 500,- zu zahlen hätte.

Der Amtsleiter fragt an, welchen Kostenanteil die Gemeinde für die Machbarkeitsstudie zu tragen hätte.

Hr. Mayer berichtet, dass auf alle Mitgliedsgemeinden ein Maximalbetrag von € 60.000,- aufgeteilt wird, wobei die Kosten momentan bei € 30.000,- liegen und der Verein ca. 40 Mitglieder aufweist. Die Kostenaufteilung sollte evtl. nach einem Einwohnerschlüssel erfolgen.

GV Macek fragt an, inwieweit die Gemeinde in die Trassenführung eingreifen kann.

Hr. Mayer bemerkt, dass dies miteinander entschieden werden muss und jede Gemeinde in ihrem eigenen Gemeindegebiet absolutes Mitspracherecht hat. Jede Gemeinde soll mit eingebunden werden, wobei gewisse Dinge, wie zB der für die RSB benötigte Radius von mind. 29 m, berücksichtigt werden müssen.

GR Mag. Stock teilt zum Vergleich mit, dass der Kreisverkehr beim Maximarkt einen Radius von 40 m hat.

GV Pogadl fragt an, ob die Trassenfreihaltung mittels Raumordnung erfolgen soll.

Mag. Weissenböck erklärt, dass, sobald die Machbarkeitsstudie erstellt und die Trassenführung erarbeitet wurde, der Korridor mittels Raumordnung freigehalten werden kann. Da die Siedlungsentwicklung voranschreitet, sollte dies schnellstmöglich geschehen. Wenn jedoch nachträglich eine bessere Lösung gefunden wird, kann die Trassenführung immer noch abgeändert werden.

Der Vizebürgermeister bemerkt, dass die bisher geplante Trasse ein Problem darstellt, da sie die Grünflächen in Neu-Anif und Niederalm zerschneiden würde.

Dipl.-Ing. Lovrek berichtet, dass die ursprüngliche Trassenführung von Anif bezweifelt wurde und außerdem auch Grödig vernachlässigen würde, weshalb diese nun abgeändert wurde, sodass die RSB hauptsächlich auf und entlang der bestehenden Verkehrswege fahren soll. Weiters sollte die Freihaltung der Trassen nicht nur örtlich festgelegt werden, eine Verordnung mit einem Sachprogramm wäre momentan die beste Lösung hierfür.

PROTOKOLL

GR Mag. Stock fragt an, ob die Bahn durch die Stadt Salzburg ober- oder unterirdisch geführt werden soll.

Hr. Mayer teilt hierzu mit, dass dies noch nicht feststeht und der Bund aufgefordert wird, sich bis zum 30. Juni für oder gegen die Tunnelführung zu entscheiden.

GV Berner fragt an, ob die RSB ein- oder zweigleisig errichtet werden soll.

Hr. Mayer erklärt, dass es bei den Zufahrtsstrecken ausreichen wird, wenn nur ein Gleis errichtet wird, im Ortsgebiet wird jedoch eine zweigleisige Strecke nötig sein. Dies hängt jedoch auch vom Takt, in welchem die RSB fahren soll, ab.

GV Pogadl fragt an, ob bei den Haltestellen Parkplätze errichtet werden sollen.

Hr. Mayer bemerkt, dass bei den Verkehrsknotenpunkten Park & Ride Parkplätze vorhanden sein sollten. Weiters sollte die Fahrkarte als Parkticket verwendet werden können.

Der Vizebürgermeister bedankt sich für die ausführliche und praxisnahe Information.

Es wird sodann einstimmig vereinbart, dem Verein zur Förderung der Regional-Stadt-Bahn (RSB) Salzburg - Bayern - Oberösterreich beizutreten, dieses Projekt zu unterstützen, eine einmalige Beitrittsgebühr in Höhe von € 1.000,- und weiters jährlich einen Mitgliedsbeitrag in Höhe von € 500,- zu leisten sowie die anteiligen, auf alle Mitgliedsgemeinden aufgeteilten Kosten für die Machbarkeitsstudie in Höhe von max. € 60.000,- mit zu tragen.

Zu Punkt 3:

GV Pogadl ersucht darum, dass seine Wortmeldung auf Seite 4 des Protokolls vom 15. Dezember 2010, unter Punkt 7, letzte Zeile um die Worte „unter Auflagen und Bedingungen“ ergänzt wird. Die Wortmeldung lautet somit: „GV Pogadl bemerkt, dass ein rechtsgültiger Flächenwidmungsplan besteht und dieser nunmehr abgeändert werden soll, weshalb er wissen will, wie man seinerzeit mit Mitwirkung von Fachleuten unter Auflagen und Bedingungen zu dieser Widmung kam. ...“

Das Sitzungsprotokoll vom 15. Dezember 2010 wird sodann mit dieser Ergänzung ohne Verlesung und ohne Einwand einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 4:

Keine Wortmeldungen;

Die Protokollführerin:

Der Vizebürgermeister: